

Niederschrift

über die Sitzung am Donnerstag, 19.02.2015
im Kreishaus Borken, Kreisausschuss-Sitzungssaal (Raum 2181)

Beginn: 17:00 Uhr
Ende: 19:35 Uhr

Anwesend:

Vorsitz:

Dr. Kai Zwicker Landrat

Mitglieder:

Markus Schulte	Gronau	
Silke Sommers	Bocholt	
Magdalene Garvert	Rhede	
Markus Jasper	Heek	
Paul Lensing	Borken	
Anne König	Borken	Vertretung für Barbara Büscher
Volker Jürgen Himmel	Gronau	
Christel Wegmann	Rhede	
Elisabeth Lindenhahn	Raesfeld	
Otger Harks	Stadtlohn	
Hans-Georg Fischer	Ahaus	Vertretung für Gerhard Ludwig
Jens Steiner	Heek	
Dietmar Eisele	Ahaus	Vertretung für Gertrud Welper
Jörg von Borczyskowski	Gronau	
Markus Krafczyk	Bocholt	
Bernd Schöning	Stadtlohn	

Vertreter/innen der Verwaltung:

Dr. Ansgar Hörster	Kreisdirektor
Dr. Hermann Paßlick	Ltd. Kreisrechtsdirektor
Hubert Grothues	Ltd. Kreisbaudirektor
Wilfried Kersting	Kreiskämmerer
Walter Alfert	
Karlheinz Gördes	
Markus Prangenberg	
Katrin Gellenbeck	
Simone Werk	

Punkt 3: Verabschiedung der Haushaltssatzung 2015
Vorlage: 0026/2015

Punkt 3.1: Verabschiedung der Haushaltssatzung 2015
Vorlage: 0026/2015/1

Berichterstatte:r: Landrat Dr. Zwicker
Kreiskämmerer Kersting

Kreiskämmerer Kersting erläutert anhand der Vorlage die Änderungen im Haushaltsplan, die sich seit der Einbringung des Haushaltsentwurfes im Dezember 2014 ergeben hätten, sowie die aktuelle Zahlenprognose zum vorläufigen Jahresergebnis 2014. Zudem liege eine Ergänzungsvorlage mit einer Änderung des Stellenplanes vor. Wegen der aktuellen Entwicklungen der Flüchtlingszahlen sei die Einrichtung einer weiteren zusätzlichen Stelle in der Ausländerbehörde erforderlich.

Zunächst lässt Landrat Dr. Zwicker über die Änderungsliste der Verwaltung (Anlage 1 zur Vorlage) abstimmen. Dieser wird einvernehmlich zugestimmt.

Anschließend wird eine Beratung der Haushaltsanträge der Fraktionen, Gruppen und externen Institutionen anhand der Änderungsliste vom 19.02.2015 (Anlage 2 zur Vorlage) vorgenommen.

Antrag auf Erstellung eines Integrationsberichtes sowie Beantragung von Landesmitteln zur Einrichtung eines kommunalen Integrationszentrums

Gemeinsam diskutiert mit TOP 12

Kreisausschussmitglied Lindenhahn stellt den Antrag ihrer Fraktion vor und unterstreicht den Bedarf für eine Koordinationsstelle, um die Arbeit der Ehrenamtlichen im Kreisgebiet zu unterstützen. Diese hätten in Gesprächen bereits einen entsprechenden Bedarf an Hilfe und Austauschmöglichkeiten geäußert.

Die Kreisausschussmitglieder Steiner, Schulte und Schöning stimmen überein, dass es wichtig sei, den konkreten Handlungsbedarf, um die Städte und Gemeinden im Themenbereich Integration zu unterstützen, zu fassen. Um offene Fragen zu klären und eine gemeinsame Handlungsweise abzustimmen, sei zunächst eine Bestandsaufnahme notwendig, um anschließend – auch gemeinsam mit den Städten und Gemeinden – eine Strategie zu erarbeiten und zu prüfen, ob ein Kommunales Integrationszentrum (KIZ) für das Kreisgebiet die richtige Struktur biete.

Auf den Hinweis von Kreisausschussmitglied von Borczyskowski, die Einrichtung einer Arbeitsgruppe sei hierzu jedoch nicht notwendig, da das Thema Integration in den betroffenen Fachausschüssen behandelt werden könne, erwidern die Kreisausschussmitglieder Steiner und Schulte, aufgrund der Vielschichtigkeit des Problems sei eine Koordination der vier betroffenen Fachausschüsse schwierig. Bereits in der Vergangenheit habe man bei derartigen Querschnittsaufgaben gute Erfahrungen mit der Einrichtung von Arbeitsgruppen gemacht.

Auch die Kreisverwaltung begrüße die Einrichtung einer interfraktionellen Arbeitsgruppe, erklärt Kreisdirektor Dr. Hörster. Diese solle aber nicht als dauerhaftes Gremium etabliert, sondern lediglich zur Aufarbeitung der Thematik eingerichtet werden, um anschließend Arbeitsaufträge an die einzelnen Fachausschüsse weiterzugeben. Insbesondere sei zu prüfen, ob eine Koordination auf anderem Wege nicht effektiver sei, als die Installation eines KIZ. Ein Integrationsbericht über die originären Tätigkeiten des Kreises könne zwar kurzfristig erstellt werden. Wenn aber auch etwa die vorhandenen Strukturen in den kreisangehörigen Kommunen einbezogen werden sollten, sei mehr Zeit erforderlich. Zudem gibt er zu bedenken, dass es sich bei dem Thema „Integration“ um eine originär gemeindliche Angelegenheit handele und die Einrichtung eines KIZ die Zustimmung der Kommunen erfordere. Bisher

habe es jedoch keine diesbezügliche Anfrage der Städte und Gemeinden an den Kreis gegeben, der im Übrigen seine Hilfe kontinuierlich anbiete. Da die Antragsfrist ohnehin bis Oktober 2015 laufe, sei es ausreichend, im Herbst eine entsprechende Kreistagsentscheidung herbeizuführen, wenn bis dahin ein Einvernehmen mit den Städten und Gemeinden erfolge.

Ihre Fraktion habe den Antrag zwar für den Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit gestellt, doch da es sich um eine Querschnittsaufgabe handele, sei die Einrichtung einer interfraktionellen Arbeitsgruppe sinnvoll, antwortet Kreisausschussmitglied Lindenhahn. Ihren Antrag werde die SPD-Fraktion aber nicht zurückziehen. Vielmehr wolle man sich aufgrund der neuen Informationen bezüglich der Antragsfrist zunächst fraktionsintern über das weitere Vorgehen abstimmen. Daher bitte sie, den Antrag ohne Beschlussempfehlung an den Kreistag weiterzugeben.

Landrat Dr. Zwicker stellt Einvernehmen fest, über den Antrag der Fraktion B'90/DIE GRÜNEN unabhängig vom Antrag der SPD-Fraktion zu beschließen, da die Anträge sich gegenseitig nicht ausschließen würden.

Er lässt über den um die konkrete Zusammensetzung der interfraktionellen Arbeitsgruppe aus den Vorsitzenden der betroffenen Fachausschüsse sowie zwei Vertretern der CDU und je einem Vertreter der übrigen Fraktionen und Gruppen ergänzten Antrag abstimmen:

Beschluss: 15 Ja-Stimmen
2 Nein-Stimmen

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, Folgendes zu beschließen:

Der Kreis Borken richtet eine Interfraktionelle Arbeitsgruppe 'Integration' ein. Abweichend von der Verteilung nach dem Verfahren Hare-Niemeyer gehört der Arbeitsgruppe folgender Personenkreis an:

- der/die Vorsitzende des Jugendhilfeausschusses,
- der/die Vorsitzende des Ausschusses für Bildung und Schule,
- der/die Vorsitzende des Ausschusses für Arbeit, Soziales und Gesundheit,
- der/die Vorsitzende des Ausschusses für Sicherheit und Ordnung,
- zwei Vertreter der CDU-Fraktion sowie
- je ein Vertreter der übrigen Fraktionen und Gruppen.

Die Interfraktionelle Arbeitsgruppe 'Integration' bereitet die Beschlüsse des Kreisausschusses und des Kreistags zu Maßnahmen bei der Querschnittsaufgabe Integration vor.

Antrag Ex-01 – Förderung des Mehrgenerationenhauses; Förderphase 2015 - 2017

Diesen Antrag hat sich keine Fraktion zu eigen gemacht.

➔ **Antrag abgelehnt**

Antrag 05-02 – Förderung junger Musiktalente im Kreis Borken

einstimmig

➔ **Antrag angenommen**

Antrag 06-01 – Antrag auf Erhöhung der Kennzahlen für Veranstaltungen, Öffentlichkeitsarbeit auf 6

4 Ja-Stimmen

13 Nein-Stimmen

➔ **Antrag abgelehnt**

Antrag 06-02 – Antrag auf Erstellung einer Maßnahmenkonzeption zur Gewässerreinigung

- 2 Ja-Stimmen
15 Nein-Stimmen

➔ **Antrag abgelehnt**

Antrag 07-01 – Schülerverkehre/Ausbildungsverkehre im Bereich des ÖPNV und 07-02 – Antrag auf Erstellung eines Mobilitätskonzeptes -nachhaltige Mobilität

Landrat Dr. Zwicker lässt über den gemeinsamen Beschlussvorschlag abstimmen.

einstimmig

➔ **Antrag angenommen**

Antrag 11-01 und 11-02 – Anhebung bzw. Umgestaltung der Fraktionszuwendungen

Kreisausschussmitglied Steiner betont, die Fraktionszuwendungen seien über Jahre hinweg unverändert geblieben. Durch die Abschaffung des Pressespiegels habe es an anderer Stelle sogar Einsparungen gegeben. Nun sei eine einmalige Erhöhung des Zuwendungsbetrages für eine auskömmliche Finanzierung der Fraktionsarbeit unabdingbar. Sowohl im Vergleich zum gesamten Haushaltsvolumen als auch zu anderen Kreisen sei die Anhebung bescheiden. Um gute Arbeit leisten zu können, sei eine Erhöhung der Zuwendungen notwendig, unterstreicht auch Kreisausschussmitglied Lindenhahn.

Die CDU-Fraktion schließe sich dem Antrag 11-01 an, da die in dem Antrag beschriebenen Mindeststandards nachvollziehbar seien und bei der politischen Arbeit insbesondere in einem Flächenkreis entsprechende Kosten entstünden, erklärt Kreisausschussmitglied Jasper. Er hebt hervor, dass im Gegensatz zu anderen Kommunen beim Kreis Borken keine Arbeitsräume, technische Ausstattung oder Pressespiegel von der Verwaltung zur Verfügung gestellt würden und die Fraktionen diese daher mit den vorhandenen finanziellen Mitteln selbst stellen müssten.

Auf den Hinweis, die Fraktionsräume im Kreishaus seien der Kreisverwaltung einst aus Platzmangel zur Verfügung gestellt worden, stellt Landrat Dr. Zwicker klar, die Fraktionen CDU und SPD hätten ausdrücklich auf die Räume verzichtet und seien so der Kreisverwaltung entgegengekommen, da durch die Übernahme zusätzlicher Aufgaben mehr Stellen und somit mehr Raumbedarf erforderlich gewesen seien. Die Räumlichkeiten seien auch weiterhin vollständig belegt. Derzeit werde von der Organisationsabteilung des Kreises Borken eine neue hausinterne Raumbedarfsplanung durchgeführt, um beispielsweise dem gestiegenen Ausbildungsbedarf gerecht werden zu können.

Die Kreisausschussmitglieder von Borczyskowski und Schöning erklären, sie könnten einer Anhebung der Fraktionszuwendungen zwar grundsätzlich etwas abgewinnen, dem Antrag der Fraktionen SPD und B´90/DIE GRÜNEN würden sie jedoch nicht zustimmen. Die angestrebte Verdoppelung des Betrages sei insbesondere angesichts der angespannten Haushaltslage der Städte und Gemeinden überhöht. Auch die angeführte Kostensenkung durch den papierlosen Versand von Sitzungsunterlagen werde nicht gesehen. Außerdem zeigten die jährlich bei der Kreisverwaltung einzureichenden Verwendungsnachweise, dass die Fraktionen und Gruppen mit den bisherigen Zahlungen grundsätzlich auskämen.

Kreiskämmerer Kersting merkt an, der in dem Antrag angeführte Deckungsvorschlag („... wird im Budget erwirtschaftet“) müsse noch konkretisiert werden, damit der Antrag wie vorgesehen ergebnisneutral bleibe. Landrat Dr. Zwicker sichert zu, die Verwaltung werde eine entsprechende Deckung der Mehraufwendungen im Kreishaushalt berücksichtigen.

Dem Antrag der Gruppe DIE LINKE/Piraten könne man sich nicht anschließen, stellen alle im Kreisausschuss vertretenen Parteien übereinstimmend fest. Die Einrichtung dreier zusätzlicher Vollzeitstellen verursache zu hohe Kosten.

plätze wegfallen würden. Kreisausschussmitglied Schöning erklärt, auch in der FDP-Gruppe würden unterschiedliche Ansichten vertreten. Er werde sich bei der heutigen Abstimmung enthalten.

Beschluss: 12 Ja-Stimmen
4 Nein-Stimmen
1 Enthaltung

Der Kreis Borken beteiligt sich an der Kapitalerhöhung bei der Flughafen Münster-Osnabrück GmbH für das Geschäftsjahr 2016 in Höhe von insgesamt 16,8 Mio. EUR entsprechend seiner Anteile am Stammkapital von 0,4514 Prozent mit 75.833 EUR durch Einzahlung in die Kapitalrücklage zum 15. Januar 2016.

Der Kreistag weist den Vertreter des Kreises Borken in der Gesellschafterversammlung der Flughafen Münster-Osnabrück GmbH an, einem entsprechenden Beschluss über die Kapitalerhöhung von 16,8 Mio. EUR mit dem darin enthaltenen Anteil des Kreises Borken von 75.833 EUR zuzustimmen.

Punkt 5: Resolution zum Transatlantischen Freihandelsabkommen TTIP

Berichterstatter: Landrat Dr. Zwicker

Landrat Dr. Zwicker verweist auf den Beschluss der Landschaftsversammlung des LWL vom 20.11.2014, die sich an das Positionspapier der kommunalen Spitzenverbände anlehne. Die entsprechenden Unterlagen würden den Kreistagsmitgliedern im Nachgang zu dieser Sitzung zugesandt. Um eine Abstimmung der Fraktionen und Gruppen untereinander zu ermöglichen, wird die Beschlussfassung einvernehmlich auf die kommende Sitzung des Kreistages vertagt.

**Punkt 6: Fortschreibung des Nahverkehrsplanes, hier: Anpassung der Linienbündelung
Vorlage: 0008/2015**

Berichterstatter: Ltd. Kreisrechtsdirektor Dr. Paßlick

Beschluss: einstimmig

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, Folgendes zu beschließen:

Das Linienbündelungskonzept des Kreises Borken wird gemäß der Anlage angepasst. Das Linienbündel sowie die Liniensteckbriefe des StadtBus-Verkehrs Bocholt werden Bestandteil des 2. Nahverkehrsplanes des Kreises Borken.

**Punkt 7: Neuaufstellung des Nahverkehrsplans;
Antrag der Fraktion B'90/DIE GRÜNEN vom 25.01.2015
Vorlage: 0042/2015**

Berichterstatter: Kreisausschussmitglied Eisele

Der Antrag sei bereits ausführlich im Fachausschuss diskutiert und dort einstimmig beschlossen worden, stellt Landrat Dr. Zwicker fest. Auf eine weitere Beschlussfassung im Kreisausschuss und Kreistag könne daher im Einvernehmen mit der Fraktion B'90/DIE GRÜNEN verzichtet werden.

**Punkt 8: Stromtankstellen/Stromstationen;
Antrag der Fraktion B'90/DIE GRÜNEN vom 26.01.2015
Vorlage: 0041/2015**

Berichterstatter: Kreisausschussmitglied Eisele

Auf Nachfrage von Landrat Dr. Zwicker erklärt Kreisausschussmitglied Eisele, der Antrag werde zurückgezogen, da er sich nach der Diskussion im Ausschuss für Wirtschaft, Verkehr und Bauen im Prinzip erledigt habe. Er bitte die Verwaltung jedoch, nach der Sommerpause im Fachausschuss über den aktuellen Sachstand zu dieser Thematik zu berichten.

**Punkt 9: Straßenbericht 2015 und Hochbauprogramm 2015 mit Energiebericht
Vorlage: 0014/2015**

Berichterstatter: Ltd. Kreisbaudirektor Grothues

Kreisausschussmitglied Lindenhahn kritisiert, dass über das im Hochbauprogramm veranschlagte Sanierungs- und Erhaltungskonzept des Schlosses Ahaus kein separater Kreistagsbeschluss gefasst worden sei. Auf den Hinweis von Ltd. Kreisbaudirektor Grothues, das ursprünglich zur Fördermittelbeantragung erstellte Konzept sei bereits im Frühjahr 2014 im Fachausschuss dargestellt worden, entgegnet sie, der Ausschuss habe das Konzept lediglich zur Kenntnisnahme erhalten. Landrat Dr. Zwicker stellt dazu klar, auch bei einer Kenntnisnahme könne ein Ausschussmitglied gesonderte Beratung und Abstimmung verlangen.

Auf Nachfrage von Kreisausschussmitglied Eisele nach dem aktuellen Sachstand zur Problematik des Radwegeausbaus in Rhede berichtet Ltd. Kreisbaudirektor Grothues, der Bedarf für geplante Straßenbaumaßnahmen werde im Vorfeld mit den Kommunen abgestimmt. Im Rahmen der Haushaltsberatungen prüfe die Stadt Rhede nun mögliche Einsparpotenziale. Über die Finanzierung des Eigenanteils der Stadt Rhede in Höhe von 20 % bei einer 60%igen Förderung durch das Land NRW sowie einem 20%-Anteil des Kreises Borken müsse der Stadtrat nun befinden.

Beschluss: einstimmig

Dem Straßenbericht 2015 und dem Hochbauprogramm 2015 mit Energiebericht wird zugestimmt.

**Punkt 10: Bestellung eines Vertreters einer großen Gruppe von Ausländern als beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Vorlage: 0009/2015**

Berichterstatter: Kreisdirektor Dr. Hörster

Beschluss: einstimmig

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, Folgendes zu beschließen:

Folgende Personen werden als Vertretung der großen Gruppe der türkisch-islamischen Ausländer im Kreisjugendamtsbezirk zu beratenden Mitgliedern im Jugendhilfeausschuss bestellt:

Beratende Mitglieder	Persönliche Stellvertreter/innen
Ahmet Tascioglu	Ayhan Tanic

**Punkt 11: Erweiterung des Ausschusses für Arbeit, Soziales und Gesundheit;
Antrag der Fraktion B'90/DIE GRÜNEN v. 25.01.2015
Vorlage: 0040/2015**

Berichterstatterin: Vorsitzende der Fraktion B'90/DIE GRÜNEN Welper

Kreisausschussmitglied Steiner begründet den Antrag seiner Fraktion mit der großen Bedeutung des Themenkomplexes Demografie und Generationen für die kommenden Jahre. Diese Querschnittsaufgabe sei Thema in vielen Fachausschüssen, entgegnet Kreisausschussmitglied Schulte. Unabhängig von einer Namensänderung könnten diese über die Thematik beraten. Daher werde die CDU-Fraktion beide Anträge ablehnen.

Beschluss: 4 Ja-Stimmen
13 Nein-Stimmen

Der Antrag ist damit abgelehnt.

**Punkt 11.1: Antrag der Fraktion B'90/DIE GRÜNEN vom 25.01.2015 - Sitzungsvorlage
Nr. 0040/2015;
Antrag der Gruppe DIE LINKE/Piraten v. 18.02.2015
Vorlage: 0058/2015**

Berichterstatterin: Vorsitzende der Gruppe DIE LINKE/Piraten Breuer

Gegenstand des Antrages: Erweiterung des Aufgabenbereiches des Ausschusses für Arbeit, Soziales und Gesundheit zusätzlich um das Themenfeld Inklusion

Beschluss: 17 Nein-Stimmen

Der Antrag ist damit abgelehnt.

**Punkt 12: Einrichtung einer interfraktionellen Arbeitsgruppe 'Integration';
Antrag der Fraktion B'90/DIE GRÜNEN vom 09.02.2015
Vorlage: 0052/2015**

Berichterstatter: stellv. Vorsitzender der Fraktion B'90/DIE GRÜNEN Steiner

Einvernehmlich wurde dieser Tagesordnungspunkt bereits in die Beratung des Haushaltsantrages der SPD-Fraktion mit einbezogen. Diesbezüglich wird auf TOP 3.1 dieser Niederschrift verwiesen.

**Punkt 13: Teilnahme an dem Bundesprogramm "Demokratie leben! Aktiv gegen
Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit";
Antrag der Fraktion B'90/DIE GRÜNEN v. 09.02.2015
Vorlage: 0053/2015**

Berichterstatter: stellv. Vorsitzender der Fraktion B'90/DIE GRÜNEN Steiner

Eine Vorberatung im Jugendhilfeausschuss und eine umfangreiche Prüfung habe aufgrund der kurzfristigen Einreichung des Antrages nicht stattfinden können, erklärt Kreisdirektor Dr.

Hörster. Problematisch sei jedenfalls die Bewerbungsfrist bis zum 13.03.2015, in der aus Verwaltungssicht kein Antrag in der notwendigen Form gestellt werden könne. Zudem habe eine Rückfrage beim Landesjugendamt ergeben, dass es bisher weder Erfahrungen eines Kreisjugendamtes mit dem Vorgänger- noch mit dem aktuellen Programm gebe. Daher sei fraglich, ob die Strukturen eines Kreisjugendamtes zu dem Programm passen könnten. Die zu fördernden Themenschwerpunkte seien darüber hinaus bereits im Kinder- und Jugendförderplan des Kreisjugendamtes aufgegriffen. Weitere Einzelheiten ergäben sich aus einem umfassenden Vermerk des Kreisjugendamtes, den er den Fraktionen und Gruppen zukommen lasse, sichert Kreisdirektor Dr. Hörster zu (Anlage 1 zur Niederschrift).

Auf die Bitte von Kreisausschussmitglied Steiner wird die Beschlussfassung daher bis zur Sitzung des Kreistages vertagt.

**Punkt 14: Facebookpräsenz für den Kreis Borken;
Antrag der Fraktion B'90/DIE GRÜNEN vom 09.02.2015
Vorlage: 0051/2015**

Berichterstatter: stellv. Vorsitzender der Fraktion B'90/DIE GRÜNEN
Steiner

Landrat Dr. Zwicker informiert, in einigen Teilbereichen arbeite die Verwaltung bereits mit Facebook. Für einen Austausch über die weitere Planung sei zudem ein Gesprächstermin zwischen Herrn Steiner und der Verwaltung vereinbart worden. Daher werde der Antrag vorerst zurückgestellt.

**Punkt 15: Veranstaltungen am Flugplatz Stadtlohn - Vreden;
Antrag der Fraktion B'90/DIE GRÜNEN vom 25.01.2015
Vorlage: 0038/2015**

Berichterstatter: Kreisausschussmitglied Eisele

Landrat Dr. Zwicker lässt über den geänderten Beschlussvorschlag des Ausschusses für Wirtschaft, Verkehr und Bauen vom 03.02.2015 abstimmen.

Beschluss: einstimmig

Die Vertretung des Kreises Borken im Aufsichtsrat der Flugplatz Stadtlohn-Vreden GmbH wird beauftragt, darauf hinzuwirken, dass die Gesellschaft gemeinsam mit der Kreisverwaltung und den Städten Stadtlohn und Vreden Ideen für ein Veranstaltungskonzept entwickelt.

**Punkt 16: Antrag auf Umbesetzung;
Antrag der Fraktion B'90/DIE GRÜNEN v. 19.02.2015
Vorlage: 0060/2015**

Berichterstatterin: Vorsitzende der Fraktion B'90/DIE GRÜNEN Welper

Beschluss: einstimmig

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, Folgendes zu beschließen:

Ausschuss für Wirtschaft, Verkehr und Bauen:

Stellvertretendes Mitglied Elisabeth Löckener, Bocholt, scheidet aus.

Neues stellv. Mitglied wird Christina Martsch, Borken.

Aufsichtsrat der Wirtschaftsfördergesellschaft für den Kreis Borken mbH:

Stellvertretendes Mitglied Elisabeth Löckener, Bocholt, scheidet aus.

Neues stellv. Mitglied wird Jens Steiner, Heek.

Punkt 17: Nebentätigkeiten des Landrats Dr. Kai Zwicker
Vorlage: 0024/2015

Berichterstatter: Kreisdirektor Dr. Hörster

Landrat Dr. Zwicker übergibt die Sitzungsleitung für diesen Tagesordnungspunkt an die erste stellvertretende Landrätin Sommers. An der Beratung nimmt er nicht teil.

Der Kreistag nimmt die von Landrat Dr. Kai Zwicker angezeigten Nebentätigkeiten zur Kenntnis.

Punkt 18: Mitteilungen der Verwaltung**Punkt 18.1: Aktuelle Flüchtlingsproblematik**

Ltd. Kreisrechtsdirektor Dr. Paßlick berichtet, das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge habe der Kreisverwaltung am heutigen Tage mitgeteilt, dass die Zahl der Flüchtlinge im Vergleich zu 2014 um ca. 50% steigen werde. Von den erwarteten 300.000 Antragsstellern würden dem Kreis Borken voraussichtlich ca. 2.000 Personen zugewiesen. Damit werde die Entwicklung dramatischer ausfallen als bisher angenommen. Dies zeige auch die derzeitige Situation in Bocholt. Die Lage in der dort kurzfristig auf Bitte des Landes eingerichteten Notunterkunft stelle die Stadtverwaltung vor eine große logistische Herausforderung. Zusätzliche Planungsschwierigkeiten hätten sich dadurch ergeben, dass rund die Hälfte der am Mittwoch eingetroffenen 70 Flüchtlinge vom Land wegen falscher Zuweisung (zuständig waren für sie andere Bundesländer) kurzfristig wieder verlegt werden mussten. Allen an der schnellen Schaffung der Notunterkunft Beteiligten dankt er für ihr Engagement.

Auch Landrat Dr. Zwicker und Kreisdirektor Dr. Hörster sprechen ihren Dank der Stadt Bocholt, ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie den ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern aus, die sofort und unbürokratisch ihre Hilfe angeboten hätten, obwohl die Ausgestaltung sowie der Umfang der Aufgabe vorher nicht bekannt gewesen seien. Für die wohl länger andauernden besonderen Anforderungen an die Kommunen in Sachen Flüchtlingshilfe erhoffe man sich künftig eine bessere Unterstützung durch das Land. Die kommunale Ebene hätte hingegen eindrucksvoll unter Beweis gestellt, dass sie in der Lage sei, schnelle pragmatische Lösungen zu ermöglichen. Hierbei stehe der Kreis auch künftig im engen Kontakt mit seinen Kommunen.

Punkt 19: Anfragen

keine

Landrat Dr. Zwicker schließt die Sitzung.

gez.

Dr. Kai Zwicker

gez.

Katrin Gellenbeck